



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XIV/63 - 17. März 1959

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831 - 33

Fernschreiber 0886890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	"Neue Ideen"? Zu Eisenhowers Fernseh-Ansprache	42
2	Querschuß aus Bonn Adenauer wieder auf alter Linie	51
3 - 4	Vor Neuorientierung des deutsch-niederländischen Verhältnisses ...Von unserem Korrespondenten in Amsterdam	59
5 - 6	Solidarisch mit Berlin Zur 20. Vollversammlung des Bundes-Jugendringes - FDJ-Kätzchen ohne Wirkung	72
7	Das neue Kommunalwahl-Gesetz in Schleswig-Holstein Klare politische Fronten auch in den Gemeinden	52

* * *

* *

"Neue Ideen" ?

Zu Eisenhowers Fernseh-Ansprache

ep - Eisenhowers Fernseh-Ansprache "An das amerikanische Volk" wurde vor dem Hintergrund einer Deutschlandkarte und einer Liste von 41 Raketen gehalten, über die die Streitkräfte der USA zur Zeit verfügen oder bald verfügen werden. Deutlicher konnte es der Präsident nicht machen, worum es jetzt geht. In Moskau dürfte man ohne Zweifel die vor diesem Hintergrund geführte Sprache verstanden haben; man wird aber dort wohl kaum zögern, ebenfalls darauf hinzuweisen, dass man sich als Weltmacht, mit dem entsprechenden militärischen Potential ausgerüstet, fühlt.

Der Präsident der Vereinigten Staaten liess bei aller Festigkeit seines Standpunktes durchblicken, dass er zu Verhandlungen bereit sei, und zwar nicht nur über Berlin und den Friedensvertrag, sondern über "alle Seiten des Deutschland-Problems". Eisenhower sagte: "Wir sind bereit, neuen Ideen Gehör zu schenken und andere Ideen zu unterbreiten".

Es war gewiss nicht zu erwarten, dass Eisenhower in dieser Ansprache tatsächlich schon "neue Ideen" vortragen würde. Dazu ist der Klärungsprozess im westlichen Lager und in der amerikanischen Politik selbst noch nicht genügend ausgereift. Wenn jedoch nicht alles täuscht, wollte Eisenhower mit dieser Bemerkung andeuten, dass er selbst die Lösung des deutschen Problems mit militärischen Mitteln für unerblicklich hält. Damit hat er unausgesprochen zugegeben, wie wenig die bisherigen "Ideen" des Westens geeignet waren, das "Wandeln am Rande des Krieges" durch Politik ablösen zu können.

Hier ist nämlich der entscheidende Punkt in fast "heiss" gewordenen Ost-West-Konflikt. Mit unerbittlicher Klarheit steht man jetzt vor der Tatsache, dass nur noch politische Lösungen, d.h. Verhandlungen mit einem konkreten politischen Programm, das annehmbare Kompromissvorschläge für beide Seiten enthält, aus der Sackgasse herausführen werden.

Der Hinweis auf Raketen und Divisionen allein ist noch keine "Idee". Auch Moskau kann sicher mit einer ähnlichen Anzahl von Raketen und Divisionen, wie der Westen, aufwarten.

Nachdem jetzt von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten die Verhandlungsbereitschaft im Prinzip erklärt wurde, muss die von den Sowjets durch den Berlin-Vorstoss und ihre einseitigen Friedensvertrags-Vorschläge geschaffene Situation durch entsprechende politische Gegenzüge des Westens geklärt werden.

Geschieht das nicht, dann bleibt ausser den wechselseitigen Drohungen mit dem Einsatz militärischer Mittel nur noch der Status quo in Europa übrig. Der Status quo ist aber keine "Idee", er wäre nur gleichbedeutend mit dem Aufschieben der Katastrophe.

Querschuss aus Bonn

ler - Die zweitägigen Besprechungen Bundeskanzlers Adenauer mit dem britischen Premierminister Macmillan hinterließen den Eindruck, als sei zwischen beiden Politikern eine grundsätzliche Einigung in der Frage der europäischen Sicherheit erzielt worden. Ein Regierungssprecher beeilte sich einige Stunden vor der Abreise des britischen Premierministers mit der Versicherung, Dr. Adenauer sei mit der Bildung einer militärisch verdünnten Zone einverstanden, wobei allerdings über die Tiefe dieser Zone widersprüchliche Angaben erfolgten. Macmillan mußte, soweit man den Orakeldeutungen der Regierungspresse folgen konnte, Bonn mit der tröstlichen Gewißheit verlassen, es würden zumindest von dieser Seite angesichts des düsteren und gefahrvollen Hintergrundes bei seinen Verhandlungen mit Washington keine Querschüsse erfolgen.

Doch weit gefehlt. Bundeskanzler Adenauer, seiner altgewohnten Taktik folgend, stellte nun in einem Interview mit der der CDU nahestehenden "Politisch-Sozialen Korrespondenz" alles wieder in Frage, was als Ergebnis seiner Gespräche mit dem britischen Ministerpräsidenten der deutschen und der Weltöffentlichkeit für mitteilenswert gehalten wurde. Adenauer will nun von Rüstungsbeschränkungen in Mitteleuropa nichts mehr wissen. Er sieht darin - und diese Argumente sind nicht neu - eine Schwächung und Gefährdung der westlichen Verteidigungskraft und der westlichen Sicherheit. Es sei eine schlechte Politik, wenn man Vertrauen dadurch erreichen wolle, daß man Unsicherheit und Schwäche auf der einen Seite schaffe. Adenauer wiederholt nun seine altbekannte Forderung nach einer allumfassenden kontrollierten Abrüstung; einem solchen Abkommen werde sich die Bundesregierung willig fügen.

Seit vielen Jahren bemühen sich nun West und Ost um eine solche allumfassende und kontrollierte Abrüstung, sind aber damit nicht einen Schritt weitergekommen. Sie erwies sich bei dem ungeheuren Mißtrauen zwischen West und Ost, das nicht über Nacht zu beseitigen ist, als ein nicht durchführbares Unternehmen. Heute weiß man, nach unzähligen Beratungen im Unter-Ausschuß der Vereinten Nationen, daß, soll überhaupt etwas erreicht werden, schrittweise vorgegangen werden muß, d.h., die allumfassende Abrüstung kann nicht zu Beginn, sondern muß am Ende eines nach und nach schwierigen Weges stehen. Nicht die Tatsache, daß die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten über die scarecklichsten Vernichtungswaffen verfügen, brachte die beinahe unerträglich gewordene Spannung in die Welt. Vielmehr ist es die lebensgefährlich gewordene Nähe, in der sich beide Weltmächte auf deutschem Boden begegnen. Das Auseinanderrücken der Militärblöcke im mitteleuropäischen Raum bleibt heute eine der wenigen Möglichkeiten, der Kreislauf sich steigender Spannungen zu durchbrechen.

Dies war der Sinn der Erkundungsfahrt des britischen Premierministers in Moskau, dies war der Sinn seiner vielen Bemühungen in der westdeutschen Hauptstadt, hier Ansatzpunkte für weitreichende Politik mit ebenso weitreichenden und nur stufenweise zu erringenden politischen Lösungen zu finden.

Der Bundeskanzler stellt sich nun quer gegen eine solche Politik. Er bleibt an alten Thesen haften. Sein Querschuss und sein Aufbegehren gegen eine militärisch verdünnte und kontrollierte Zone in Mitteleuropa muß alles in Frage stellen, was geeignet sein könnte, so etwas wie ein Agreement zwischen West und Ost herbeizuführen. Hat dieser Mann wirklich den traurigen Ehrgeiz, sich als ein europäischer Syngman Rhee zu verewigen?

Vor Neuorientierung des deutsch-niederländischen Verhältnisses

Von unserem holländischen Korrespondenten

Schon zum zweiten Mal haben politische Wahlen in den Niederlanden dazu beigetragen, eine deutsch-holländische Übereinkunft aller zwischen beiden Ländern noch strittigen Fragen immer weiter hinauszuzögern. Dabei ist festzuhalten, dass Holland das einzige westliche Land ist, mit dem 14 Jahre nach Kriegsende wesentliche politische Fragen noch nicht beseitigt wurden.

Kurz vor den Kammerwahlen im Jahre 1956 standen Bonn und Den Haag in ständiger Gedankenaustausch über alle schwebenden Probleme; eine Lösung war sogar abzusehen. Darals brachten die Neuwahlen mit einer nachfolgenden, über dreimonatigen Interimszeit, als die Regierungsbildung sich sehr schwierig gestaltete, einen jähen Bruch der deutsch-holländischen Kontakte. Erst ganz allmählich kamen wieder Gespräche zustande. Auf holländischer Seite war eine gewisse Verzögerungstaktik zu erkennen, vorübergehend hatte man erst auf niederländischer, dann auf deutscher Seite keinen richtigen Verhandlungsführer.

Das ganze Niz und Ner wird heute noch auf dem Buckel unserer im Jahre 1949 zwangsweise an die Niederlande "abgetretenen" rund 10 000 Landsleute in Eiten bei Emmerich, der Selfkant und bei Kleve getragen. Sie sind in ihrem jetzigen Zwitterdasein weder Deutsche noch Holländer. Die Regierung in Bonn ist an alledem nicht unschuldig. Man kann nämlich kaum behaupten, dass sie die Anliegen der Deutschen unter niederländischer Oberhoheit zu ihren eigenen gemacht hätte. Für diese "kleine Wiedervereinigung" im Westen ist bisher sehr wenig Bonner Initiative entfaltet worden.

Dort im Jahre 1958 kristallisierte sich wieder eine Linie in der Verhandlungsführung heraus, die einen baldigen Verhandlungsabschluss erhoffen liess. Erneut waren es jedoch innerpolitische Schwierigkeiten in Holland, die eine abermalige Verzögerung brachten. Das Vierpartei-Kabinet, bestehend aus den Sozialdemokraten und den drei führenden christlich-bürgerlichen Parteien, brach am 11. Dezember vergangenen Jahres wegen der zunehmenden Entfremdung der Koalitionspartner auseinander. Die Sozialdemokraten als stärkste Partei schiedern aus der Regierung aus und die im Amte verbliebenen Minister bildeten unter dem

17. März 1959

Katholiken Professor Beel ein Übergangskabinetts. Die im Herbst fälligen Wahlen wurden auf dem 12. März vorverlegt und erbrachten ein Resultat, das an der vorherigen Situation kaum etwas ändert. Es gelang nicht, klare politische Mehrheitsverhältnisse herzustellen. Dabei hegten die grosse katholische Volkspartei und die kleineren protestantischen christlichen Parteien den Wunsch, den konfessionell gebundenen Parteien ein Übergewicht zu schaffen. Das ist misslungen. Die Partei der Arbeit konnte sich nach mehr als 12-jähriger Mitverantwortung in der Regierung gut behaupten; sie wäre sogar ohne Stimmen- oder Sitzeinbusse wiederum die stärkste Partei im niederländischen Parlament geblieben, wenn nicht eine kleine Splittergruppe es für notwendig gehalten hätte, sich von der Partei der Arbeit abzusondern. Die 110 000 Stimmen und die zwei Mandate, die auf sie entfielen, fehlen den holländischen Sozialdemokraten, um den Ministerpräsidenten stellen zu können.

Eigentliche Sieger der Wahlen wurden die Liberalen, denen es als einzige Partei auf Kosten einiger Splittergruppen gelang, ihre Position wesentlich zu verbessern. Das politische Programm der Liberalen ist aber so verworren, was den sozialdemokratischen Altministerpräsidenten Dr. Drees zu der Klage veranlasste, wie es überhaupt möglich sei, dass von vielen Kreisen dieses "geistige Schweinefutter" aufgenommen werden konnte. Hervorstechende Merkmale dieser Wahl bleiben somit eine in diesem Umfang kaum erwartete Absage der Holländer an eine konfessionell gebundene Politik und das Fortbestehen der politischen Gegensätze zwischen den einzelnen Gruppen. Es ist nicht schwierig, vorauszusagen, dass die Regierungsbildung abermals sehr lange Zeit in Anspruch nehmen wird.

Welche Regierung aber auch inner für die nächste Zeit die politische Geschichte Hollands lenken wird, sie wird nicht an der Notwendigkeit vorbeikommen, die deutsch-holländischen Beziehungen aus ihrem gegenwärtigen Tiefstand herauszuführen. Auf deutscher Seite sollte man diese Bemühungen durch ein Entgegenkommen z.B. in der Wiedergutmachungsfrage unterstützen. Schliesslich wurde Holland durch deutsche Schuld im Kriege schwer mitgenommen. Andererseits sind beide Länder so eng wie keine anderen aufeinander angewiesen, sind sie doch gegenseitig unter anderem auch die wichtigsten Handelspartner.

höriger FDJ und den demokratischen Jugendverbänden des Westens zu kommen. Eine festgestellt wurde, wer die Abordnung "bestellt" haben könnte, waren "die von drüben" schon wieder verschwunden; sie hatten die Gelegenheit wahrgenommen und den Tagungsraum mit der Donnerstags-Kummer der FDJ-Zeitschrift "Junge Welt" überschwenmt. Im Rahmen einer Pressekonferenz, wozu der BJR-Vorstand (neu gewählter Vorsitzender Edmund Duda, DGB-Jugend) eingeladen hatte, versuchte die FDJ doch noch, auf kaltem Wege zu dem von den westlichen Jugendverbänden abgelehnten "gesamtdutschen Gespräch" zu kommen. Die Methoden, die sie dabei anwendeten, waren ebenso skrupellos wie unanständig. Da der Zweck hier jedes Mittel heiligt, kann man auch keine Respektierung des Gastgebers erwarten.

Ein Gespräch könnte indes stattfinden: ein Gespräch rein technischer Art über die Durchführung des freien Wanderns der deutschen Jugend in Ost und West, das u.a. durch die verschärften Paßbestimmungen der Sowjetzone verhindert wird. Dazu aber konnten sich die FDJ-Vertreter nicht bereit erklären. Unter "freies Wandern" verstehen sie die "Betreuung" westdeutscher Jugendgruppen, die von lären von einem "Volkseigenen Betrieb" zum anderen und von einer kommunistischen Organisation zur anderen "geführt" werden. Freies Wandern aber wäre, so mußte ihnen gesagt werden, wenn Jugendliche aus Köln und Stuttgart ebenso mit dem Fahrrad die Elbe hinunterradeln könnten, wie sie es am Rhein tun können. Solange wesentliche Bedingungen der Wiesbadener Bundes-Jugendring-Beschlüsse - Entlassung aller jugendlichen, politischen Häftlinge, freie Verteilung westlicher Jugendschriften und Zulassung aller Jugendverbände in Mitteldeutschland, soweit sie es wünschen - nicht erfüllt sind, ist ein "gesamtd deutsches Gespräch der Jugend" sinnlos.

Natürlich gab es auch andere Probleme als die Haltung der Jugendverbände zum weltweiten Ost-West-Konflikt: Jugendpolitische Probleme zum Beispiel: so auf dem Innensektor, dem Jugend-Arbeitsschutzgesetz und dem in Werden begriffenen Jugend-Hilfegesetz. Hier wäre es endlich an der Zeit, wenn die Bonner Parlamentarier langsam die moralische Verpflichtung erkennen und entsprechend honorieren würde; die sich aus den gemeinsamen Auffassungen aller Jugendverbände über ein neues Jugendschutzgesetz ergibt. Die Jugend erwartet, daß - nachdem der Gesetzentwurf nunmehr endlich die erste Bundestagslesung passiert hat - das neue Gesetz verabschiedet wird, das nicht nur das Nebeneinander des alten Reichsgesetzes von 1936 und der neueren Ländergesetze beseitigt, sondern wesentliche soziale Verbesserungen für die arbeitende Jugend bringt, wie es sich für einen modernen Staat mit betont sozialen Vorzeichen gehört.

Das neue Kommunalwahl-Gesetz in Schleswig-Holstein

mu. - Der Landtag in Kiel hat ein neues Kommunalwahl-Gesetz verabschiedet, nach dem die Bevölkerung des Landes im Oktober neue Gemeindevertretungen, Kreisparlamente und Ratsversammlungen wählen soll. Man kann das neue Gesetz, das durch den Innen-Ausschuß dieses Parlamentes aufgrund der Argumente von SPD und CDU sein Gesicht bekam, begrüßen. Das Gesetz gibt den politischen Parteien auch in den Gemeinden ein Gewicht, wie das im Grundgesetz vorgesehen ist.

Nach dem alten Gesetz war beim Ausscheiden von Vertretern aus Gemeinde-Parlamenten das Nachrücken anderer über die Liste von zusammengewürfelten Gruppen aus Parteien, Interessentenverbänden und Parteilosen nicht klar geregelt, so daß der Wähler bei seiner Stimmabgabe niemals wußte, wer letztlich einmal in der Gemeinde durch ihn gewählt worden war.

Künftig werden sich in Schleswig-Holstein zwar die politischen Parteien noch zu Parteiengruppen zusammenschließen können. Dazu bedarf es aber der getrennten Listen, die zudem noch der Fünf-Prozent-Sperrklausel unterliegen - eine Regelung, die von DNE, FDP und DP stark gefürchtet wird. Bei den verbundenen Listen werden die Sitze auf die beteiligten politischen Parteien nach dem Höchstzahlenverfahren verteilt, ein weiteres Risiko für kleine Parteien.

Interessentengruppen erhalten durch das neue Wahlgesetz noch weniger Chancen. Unpolitische Einzelbewerber haben kaum noch Aussicht, in Kommunal-Parlamente zu kommen. Nur in den ganz kleinen Gemeinden bis zu 750 Einwohnern wird es in der Praxis noch möglich sein, daß sogenannte Friedenswahlen stattfinden.

Die Sozialdemokraten sind in Schleswig-Holstein jedenfalls in den größeren Gemeinden sowie in allen Orten und Städten immer allein gegangen. Das Wahlgesetz hat sie in ihrer Haltung im Gegensatz zur CDU bekräftigt, die in den zurückliegenden Jahren mit anderen politischen Parteien oder Interessentengruppen die unterschiedlichsten "Wahlblöcke" oder "Rathaus-Parteien" einging. 1951 konnte die SPD 29,8 Prozent aller Stimmen, 1955 aber 33,2 Prozent der gültigen Stimmen auf sich vereinigen.

Nach dem neuen Wahlgesetz ist damit zu rechnen, daß die beiden großen Parteien, SPD und CDU, weiter an Stimmen auch bei einer Kommunalwahl zunehmen werden. Dabei wird erstmalig ein klares Bild über die Stärke der CDU zu erhalten sein. Der Stimmanteil beider Parteien zusammen war von 1950 mit 47,3 Prozent auf 80,3 Prozent bei der im letzten Herbst stattgefundenen Landtagswahl angestiegen.

Es ist damit zu rechnen, daß die CDU ihren Koalitionspartner in der Regierung, die sehr kleine FDP, über einen Parteien-Zusammenschluß - das heißt aber nur gegenseitige Unterstützung in einzelnen Wahlbezirken bei getrennter Liste mit Fünf-Prozent-Sperrklausel - bedingt helfen kann. Für den Gesamtdeutschen Block, dessen Stimmen im Norden von 1950 mit 23,4 Prozent ununterbrochen zurückgingen, und zwar auf 6,9 Prozent bei der Landtagswahl im letzten Herbst, bedeutet die Fünf-Prozent-Sperrklausel sicher einen weiteren erheblichen Einflußschwund auch in den Kommunal-Parlamenten. Die Deutsche Partei dürfte so gut wie vollständig verdrängt werden. Demgegenüber dürfte der SSW seinen Einfluß halten, weil er im Norden des Landes auf gewisse Schwerpunkte als politische Vertretung der dänischen Kinderheit beschränkt ist.

Der große politische Kampf dürfte aber in Schleswig-Holstein im Herbst um die Rathäuser der vier kreisfreien Städte Kiel, Lübeck, Neumünster und Flensburg geführt werden.